

Vorlage Nr.: 2022/018

Berichtsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Bericht	Sitzung am	TOP
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Herr Dr. Schröder	31.01.2022	3
Personalausschuss	Frau Kirschbaum	03.02.2022	2

Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst

Darstellung des Sachverhaltes:

Konzept des Personalaufwuchses des Gesundheitsamtes des Kreises Recklinghausen

Bund und Länder haben während der aktuellen Pandemie-Lage personelle Defizite im Öffentlichen Gesundheitsdienst festgestellt. Die Gesundheitsämter in ganz Deutschland werden durch das Förderprogramm „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ (Pakt ÖGD) personell aufgestockt, technisch modernisiert und vernetzt. Bei der zukunftsorientierten Ausrichtung des ÖGD spielt die Umsetzung von Public-Health-Zielen eine besondere Rolle.

Bundesweit sollen hierfür 5.000 neue Stellen in den Gesundheitsämtern geschaffen werden; zur Finanzierung dieser zusätzlichen Personalaufwendungen stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € in sechs Tranchen bis einschließlich 2026 zur Verfügung.

Der Förderumfang für den Kreis Recklinghausen orientiert sich an der Einwohnerzahl ebenso wie an der Bemessung der Mindestquote der Stellen. So ist Fördervoraussetzung, dass bis Ende 2021 neben den bisher vorhandenen Stellen 9,96 Stellen haushaltswirksam ausgewiesen und besetzt sein mussten. Daneben sollte bis spätestens 31.12.2021 ein „Personalaufwuchskonzept“ für das Gesundheitsamt Recklinghausen für weitere 23,5 Stellen entwickelt werden.

Das vom Kreis Recklinghausen erstellte „Personalaufwuchskonzept“ basiert auf den Empfehlungen des Beirates zur Beratung zukunftsfähiger Strukturen im ÖGD in Umsetzung des Paktes ÖGD von Oktober 2021. Eine Weiterentwicklung des ÖGD zur besseren Vorbereitung auf Pandemien und gesundheitliche Notlagen soll auf diese Weise erfolgen. In diesem Sinne erhalten die zusätzlich zu schaffenden Stellen die zusätzliche Funktion einer „ÖGD-Feuerwehr“, die in Krisenzeiten ad hoc bereitgestellt werden muss. Darüber hinaus sind natürlich in Krisenzeiten alle Aufgaben im



Klimpel
Landrat



Butz
Kreisdirektor

Gesundheitsamt neu zu priorisieren und auch alle weiteren Beschäftigten können dabei zur Unterstützung verpflichtet werden.

Der ÖGD soll mit seiner Aufgabenvielfalt im Bereich des bevölkerungsbezogenen Gesundheitsschutzes, der Gesundheitsförderung und Prävention, der Gesundheitsplanung und der Gesundheitsangebote insbesondere für vulnerable Gruppen sowie im Infektionsschutz und der Infektionsbekämpfung inklusive Krisenmanagementmaßnahmen insgesamt gestärkt werden. Aktuell steht z.B. eine Corona-Impfpflicht auf der politischen Agenda. Diese Aufgabe konnte bisher noch nicht in den Konzepten mitbedacht werden. Daher können sich auch die Aufgabenplanungen aus dem aktuellen Feinkonzept in den nächsten Monaten weiter verändern.

Für den Stellenplan 2021 sind 10 unbefristete Stellen eingerichtet worden, die auch in 2021 besetzt worden sind. In den Stellenplan 2022 sind weitere 23,5 unbefristete Stellen eingeplant worden. Das Konzept des Personalaufwuchses des Gesundheitsamtes wurde fristgerecht am 28.12.2021 bei der Bezirksregierung Münster eingereicht und damit die Förderung der Stellen beantragt. In 2021 wurden bereits knapp 300.000 € an Fördermitteln zur Deckung der hier entstandenen zusätzlichen Personal- und Sachkosten ausgezahlt.

Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass eine Pandemie alle Bereiche des Gesundheitswesens und des gesellschaftlichen Lebens betrifft und für die Gesundheitsämter nicht nur eine Frage der Kontrolle von Infektionsfällen ist. Unter anderem stellt das Bemühen um gesundheitliche Chancengleichheit eine wichtige Investition hinsichtlich des Schutzes vor und der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten dar.

Mit dem Wandel der Gesellschaft insgesamt geht auch ein Wandel des Selbstverständnisses und der Lektorientierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes einher. Neben seinen hoheitlichen Aufgaben muss er verstärkt modernen zivilgesellschaftlichen Erwartungen und sozialen Herausforderungen gerecht werden.

Der Bereich der Gesundheitsförderung sowie die Steuerung und Koordination von gesundheitsrelevanten Themen und Arbeitsfeldern mit externen Kooperationspartnern werden im Kreisgesundheitsamt Recklinghausen in den nächsten Jahren gestärkt. Um ein zielführendes, präventives Handeln sicherzustellen, müssen Methoden und Verfahren zur Qualitätssicherung und Gesundheitsförderung geschaffen werden. Aus diesem Grund ist eine Aufstockung des Personals von bereits bestehenden und die Etablierung von neuen ressortübergeordneten Bereichen erforderlich. Die vorgesehene Personalaufstockung ist daher ausdrücklich für alle Bereiche des ÖGD und nicht nur für den Infektionsschutz vorgesehen.

Ressortübergreifender Stellenbedarf (FD 53)

Ressortübergreifend finden im Gesundheitsamt planerische, konzeptionelle und beratende Tätigkeiten statt.

Der ressortübergreifende Stellenbedarf umfasst den Aufbau eines „integrierten Gesundheitsmanagements“ (Entwicklung und Durchführung von Projekten und Veranstaltungen sowie die Gesundheitsversorgung von Diversitygruppen (ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen etc.) und die Evaluation, Erstellung von zielgruppenorientierten Bedarfsanalysen und Entwicklung von entsprechenden zielgruppenspezifischen Angeboten mit dem Ziel, die gesundheitliche Ungleichheit in der Gesellschaft zu verringern. Fachliche Standards (Qualitätsmanagement) zur Etablierung von wissenschaftlich fundierten, klaren, handlungsorientierten Leitlinien - insbesondere für Krisensituationen - müssen entwickelt und eingeführt werden.

Auch für eine flächendeckende Zusammenarbeit mit staatlichen Partnern und Organisatoren der Zivilgesellschaft, auf deren Kooperationen im Krisenfall zurückgegriffen werden kann, muss die Rolle des Gesundheitsamtes bei der Berücksichtigung gesundheitlicher Aspekte in den politischen Prozessen auf kommunaler Ebene gestärkt werden.

Letztlich erfordert die Aufarbeitung von epidemiologischen Daten zur Vorbereitung der kommunalen Gesundheitskonferenz, der Fachausschüsse und Fachgremien (z.B. LKT) und der Internetseite zur Information der Bevölkerung eine Gesundheitsplanung, sowie eine aussagekräftige Gesundheitsberichtserstattung. Zur Erstellung von umfassenden Lageberichten bedarf es etablierter und zuverlässiger Surveillance- und Monitoringinstrumente. Neben dem infektionsepidemiologischen Meldewesen sind auch Instrumente für Erdbeben, Sturmfluten und andere Szenarien, die Krankenhaussurveillance und die Mortalitätssurveillance zu entwickeln.

Der Bereich soll mit 4,5 neuen Stellen gestärkt werden.

Stellenbedarf Amtsärztlicher Dienst (FD 53.1)

So wie im Pakt ÖGD vorgesehen, wird sich der amtsärztliche Dienst verstärkt am prioritären Bedarf der Bevölkerungsgesundheit orientieren. Dies bedeutet, dass die Prävention von nichtübertragbaren Krankheiten gestärkt und das Bewusstsein der Bevölkerung des Kreises bezüglich Risikofaktoren geschärft wird. Dieses erfordert integrierende und koordinierende sowie umfassende und bedarfsangepasste Maßnahmen zur Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung.

Im amtsärztlichen Dienst werden aktuell 2 Stellen eingeplant.

Stellenbedarf Kinder- und Jugendgesundheitsdienst u. Zahnärztlicher Dienst (FD 53.2)

Mit einer personellen Verstärkung im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) sowie im Zahnärztlichen Dienst (ZÄD) wird in den Kitas und Schulen ein flächendeckendes multiprofessionelles Beratungsangebot etabliert. Darüber hinaus wird der KJGD und der ZÄD auf digitale Medien bezogen den präventiven Ansatz vorantreiben, wie z.B. Bewegungsangebote für Kinder und Eltern, Kariesprophylaxe und gesundes Aufwachsen von der Schwangerschaft bis zum 18. Lebensjahr.

Für den FD 53.2 sind im Feinkonzept 5,0 Stellen vorgesehen.

Stellenbedarf Gesundheitsverwaltung (FD 53.3)

Die Verwaltungsabteilung des Gesundheitsamtes umfasst insgesamt sieben Sachgebiete, die mit den übrigen ärztlich geleiteten Ressorts verknüpft sind. Die Bereiche der Apothekenaufsicht sowie des Infektionsschutzes werden bspw. ebenfalls durch entsprechendes Fachpersonal der Verwaltungsabteilung bearbeitet. Personelle Aufstockungen in den medizinischen/ pharmakologischen Ressorts wirken sich daher auch unmittelbar auf den Personalbedarf im Bereich der Gesundheitsverwaltung aus. Gleichzeitig werden Wartezeiten bei Überprüfungsterminen für die allgemeine Heilpraktikererlaubnis reduziert aber auch präventive Überwachungsmaßnahmen z.B. in Kosmetikstudios oder Schönheitssalons möglich, da dort vermehrt heilkundliche Behandlungen ausgeübt werden, die bei den Kunden zu Körperverletzungen führen können.

Daneben ist das Thema Digitalisierung weiter voranzutreiben. Hierbei spielt zur Bewältigung von Pandemien nicht nur die Vernetzung mit anderen Gesundheitsämtern (Einführung SORMAS) eine Rolle, sondern auch die Erarbeitung und Umsetzung strategischer Konzepte zu Digitalisierungsvorhaben innerhalb des Gesundheitsamtes (DEMIS, Agora etc.).

Für diese Aufgaben wird ein Stellenaufwuchs von 4,5 Stellen vorgesehen.

Stellenbedarf Sozialpsychiatrischer Dienst (FD 53.4)

Telemedizinische Sprechstunden und verschiedene Gruppenangebote für psychisch kranke Menschen sowie deren Angehörige werden zukünftig etabliert. Gleichzeitig ist im Bereich der Psychiatrie und Psychotherapie mit einem qualitativen wie quantitativen erheblichen Aufgabenzuwachs zu rechnen. Konkret bedeutet dies, dass z.B. auch das Fachangebot der Gedächtnissprechstunde weiterentwickelt und ausgeweitet wird. Darüber hinaus müssen die nach PsychKG erforderlichen Rufbereitschaften sichergestellt werden.

Daneben wird durch die Vernetzung der an der psychosozialen Versorgung beteiligten Institutionen die Entwicklung von neuen, vor allem präventiv ausgerichteten Projekten angestrebt.

Für diese Ausrichtung sind 3,5 Stellen eingeplant.

Stellenbedarf Infektionsschutz (FD 53.5)

Aufgrund der hohen personellen Belastung durch den Arbeitsanfall der Pandemie wurden zur zeitnahen Unterstützung und Entlastung der unteren Gesundheitsbehörden zahlreiche befristete personelle Besetzungen für den Zeitraum der Pandemie vorgenommen.

Neben der Einrichtung zusätzlicher Stellen zur Wahrnehmung neuer pandemiebedingter Aufgaben, wie bspw. einer Vollzeitstelle zur Prüfung von Hygienekonzepten, wurden bei einzelnen Beschäftigten, die freiwillig dazu bereit waren, Stundenaufstockungen um bis zu 0,5 Stellenanteilen vorgenommen. Das Coronateam wurde durch verschiedene Berufsgruppen, von Ärzten und Ärztinnen über RKI Scouts, die über das Bundesverwaltungsamt eingestellt wurden, sowie Personal, das über Amtshilfe von anderen Behörden und Studenten befristet verstärkt. Um die Mitarbeiterzahl von 5 VZÄ pro 20.000 Einwohner (d.h. etwa 155 VZÄ) für den Kreis Recklinghausen zu realisieren und zeitweise sogar zu übertreffen, wurden auch Beschäftigte aus anderen Bereichen der Kreisverwaltung sowie Bundeswehrsoldaten eingesetzt. Bedingt durch die Pandemie musste das Ressort durch zusätzliche Gesundheitsaufseher, einen Gesundheitsingenieur sowie der ärztlichen Teamleitung ausgeweitet werden.

Neue Aufgaben, wie zum Beispiel die fachliche Bewertung des Projektes der Bestimmung von Coronaviren in fäkalen Abwässern, die in der Pandemie auch in diesem Bereich angefallen sind, werden wahrgenommen. Auch präventive Tätigkeiten werden im Trinkwasserbereich verstärkt durchgeführt. Ein Umweltingenieur/eine Umweltingenieurin soll das Team der Gesundheitsingenieure verstärken, damit umweltbedingte Gesundheitsrisiken und Gesundheitsstörungen frühzeitig erkannt werden.

Um den Fachdienst 53 zu entlasten, wurden Anfragen allgemeiner Art zu Quarantäneregelungen und dem Rückreiseverkehr durch die ursprünglich für akute innerhalb des Kreisgebietes aufgetretene Krisensituationen eingerichtete Personenauskunftsstelle, jetzt Bürgertelefon, aufgefangen. Diese Struktur verstetigte sich und ermöglicht die Aufrechterhaltung der möglichst störungsfreien Kontaktnachverfolgung bei gleichzeitiger Beantwortung von Bürgeranfragen rund um die Corona-Pandemie. Auch hier war es erforderlich, weiteres externes Personal, bestehend aus Werksstudent*innen und Vollzeitkräften einzustellen.

Stellenbedarf Impfgeschehen für den FD 53

Die Steuerung der Impfaufgaben hat übergangsweise direkt der Fachbereichsleiter Soziales übernommen.

Parallel zu den nahezu 100 externen Einstellungen für das Impfzentrum wurde aus befristet eingestelltem Personal eine Impfterminhotline aufgebaut, welche Anfragen zum Impfgeschehen beantwortete und Entscheidungen über Höherpriorisierungsanträge traf.

Nach Schließung des Impfzentrums und Auflösung der Impfterminhotline aufgrund der entfallenden Tätigkeiten wurde ein Großteil des Personals weiterbeschäftigt und auf die verbliebenen Bereiche in der Pandemiebekämpfung aufgeteilt. Dies vergrößerte zum einen den Personalstamm in der Kontaktnachverfolgung und diente zum anderen dem Aufbau der sogenannten Koordinierenden Covid-Impfeinheit (KoCI), welche die Verantwortung für den konzeptionellen und organisatorischen Aufbau der mobilen Impfeinsätze trägt. Perspektivisch könnte hier je nach Verlauf des Impfgeschehens eine weitere Personalverstärkung aus den Stellen für den Pakt ÖGD notwendig werden, bspw. falls erneut stationäre Impfzentren im Kreisgebiet aufgebaut werden sollten. Diese Sachlage wurde aktuell noch nicht in die Betrachtungen aufgenommen.

Dauerhaft wird zukünftig ein Krisenmanagement im Gesundheitsamt etabliert, damit einheitliche Standards, z.B. Schaffung von einheitlichen Stabsstrukturen, für das Krisenmanagement gewährleistet werden. Die Etablierung und regelmäßige Schulung einer „ÖGD-Bedarfsfeuerwehr“ wird durchgeführt. Im Notfall steht auf diese Weise kurzfristig ein qualifiziertes Team zur Krisenbewältigung zur Verfügung.

Auch in der Apothekenüberwachung werden zukünftig präventive Aufgaben durchgeführt. Die untere Gesundheitsbehörde ist neben der Arzneimittelüberwachung auch zuständig für die im ÖGD NRW verankerte Sozialpharmazie. Auf dieser Grundlage soll sie die Bevölkerung über einen verantwortlichen Arzneimittelkonsum aufklären, informieren und beraten sowie an der Bekämpfung des Drogen- und Arzneimittelmissbrauchs mitwirken.

In der Beratungsstelle Sexuelle Gesundheit – AIDS/STI ist der Bedarf an gynäkologischen Untersuchungen deutlich gestiegen und wird vermehrt an zwei Standorten (Recklinghausen und Marl) durchgeführt. Sie sind ein wichtiger Teil der präventiven Tätigkeit im Infektionsschutz. Zur Prävention sexuell übertragbarer Erkrankungen inkl. HIV werden zukünftig Beratungen zu Hygienemaßnahmen, Begleitung HIV/STI, durchgeführt, Hygienekonzepte müssen geprüft und geeignete Maßnahmen entwickelt werden.

Sexualpädagogik soll etabliert werden. Die Kooperation der Sexualpädagog*innen von Kreis RE, ProFamilia und der Drogenberatung hat sich bewährt. Der Bereich LGBTTIQ wird zunehmend im Rahmen der Öffnung und Enttabuisierung der Thematik trans, inter, queer, diskutiert. Hier ist ein deutlich erhöhter Bedarf an qualifizierter Beratung erforderlich. Ebenfalls wird ein zunehmender Bedarf an Information zum Thema

Sexualpädagogik für die Bereiche Grundschule und Kindertagesstätten gesehen. Diese Angebote sollen sich an Lehrer*innen und Eltern und Erzieher*innen richten.

Der Infektionsschutz wird hiermit um 13,5 Stellen gestärkt.

Stellenbedarf in anderen Fachdiensten aufgrund der Neuausrichtung des Gesundheitsamtes

Im Fachdienst Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung (FD 39) wird die präventive Ausrichtung des ÖGD durch einen Lebensmittelchemiker*in zur Gefahrstoffüberwachung zur Prävention von Gesundheitsschäden erfolgen, da sie als Grundlage u.a. für umweltmedizinische Begutachtungen dienen.

Hierfür wird ein 0,5 Stellenbedarf vorgesehen.